

Wie lange soll das noch so weitergehen?



Die Regierung der Ukraine will von den USA Streubomben haben, um sie im Kampf gegen die russische Armee einzusetzen.

Im Körper jeweils einer Streubombe sind dutzende kleine Bomben enthalten, die dann über eine große Fläche verteilt einschlagen und explodieren. Oder auch nicht. Im Kampfgeschehen richten sie nur wenig Schaden an.

Je nach Bauart sind es 15% bis 30% der kleinen Bomben, die nicht explodieren. Sie bleiben im Boden liegen und können noch Jahrzehnte später explodieren, z.B. wenn Kinder sie finden und damit spielen. Oder bei der Garten- und Feldarbeit. Sie töten, verletzen, verstümmeln unzählige Menschen, die dort leben. 70% der Opfer sind Kinder.

Eine große Zahl von Staaten haben sich 2008 geeinigt, dass solche Munition nicht mehr eingesetzt werden soll. 111 Regierungen haben dieses Streumunitions-Abkommen schon unterschrieben. Damit hat es so viel Zustimmung, dass es Völkerrecht geworden ist. Die USA, die Ukraine und Russland haben das Abkommen nicht unterschrieben. Deshalb meinen sie, dass dieser Teil des Völkerrechts für sie nicht gilt.

Und Deutschland? Als Bundespräsident Steinmeier noch Außenminister war, hat er für Deutschland dieses Abkommen gegen den Einsatz von Streumunition unterschrieben. Deshalb wurde er gefragt, wie er zur Lieferung der USA an die Ukraine steht. Setzt er sich dafür ein, dass diese Munition nicht geliefert wird? Im Gegenteil. Er meint, Deutschland soll das nicht blockieren, soll der USA „nicht in den Arm fallen“. Er meint, die Ächtung von Streubomben sei richtig, aber die Ukraine müsse sich verteidigen.

Für Deutschland gilt das Abkommen als Völkerrecht. Die Regierung könnte eingreifen und den USA verbieten, solche Munition über Deutschland in die Ukraine zu bringen. Bringt das was? Ja, denn die Transporte des US Militärs für Europa laufen über ihre Air Base in Ramstein. Und die Logistikzentrale für den Transport ist in Wiesbaden.

Ja, Herr Steinmeier, damit würde die deutsche Regierung „den USA in den Arm fallen“. Sie würde tun, wozu sie sich mit der Unterschrift unter das Abkommen verpflichtet hat und verhindern, dass die Bevölkerung in den heute umkämpften Gebieten in der Ukraine auf Jahrzehnte mit der Gefahr der Streumunition leben muss.